

## Unterrichtung

Hannover, den 28.02.2018

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages  
- Landtagsverwaltung -

### **Autobahnprojekte vorantreiben - Verkehrskoordination stärken - Staus vermeiden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/160

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung -  
Drs. 18/372 Nr. 1

Der Landtag hat in seiner 9. Sitzung am 28.02.2018 folgende Entschließung angenommen:

Im Zuge der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 stehen in den kommenden Jahren erhebliche Baumaßnahmen auf den niedersächsischen Autobahnabschnitten sowie Bundesfernstraßen an. Hierzu zählen neben dem Neu- und Weiterbau der A 20 und A 39 vor allem die Lückenschlüsse im Verlauf der A 26 und A 33 sowie der Ausbau der wichtigen Transitrouten A 1, A 2, A 7, A 30 und E 233.

Dadurch sollen insbesondere die Belastungen für Pendlerinnen und Pendler im Umland von Hamburg, Bremen und Hannover verringert werden. So fahren täglich rund 400 000 Pendlerinnen und Pendler nach Hamburg, rund 124 000 Pendlerinnen und Pendler nach Hannover und rund 130 000 Pendlerinnen und Pendler nach Bremen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. die im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans verankerten Projekte zügig voranzutreiben,
2. die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu stärken und dabei allen Beschäftigten der Bauverwaltung eine Beschäftigungsgarantie zu geben,
3. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb der Bundesautobahnen so lange wie möglich in Landeszuständigkeit verbleibt, um die in Angriff genommenen Projekte möglichst zur Baureife zu führen und zu realisieren,
4. die Ausstattung der Autobahnmeistereien zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen,
5. die ROADS-Software (Roadwork Administration And Decision System) oder ein vergleichbares Instrument an den wichtigen Verkehrsachsen anzuwenden,
6. die Verkehrskoordination mit den Ländern Hamburg und Bremen zu verbessern und hierzu eine Stabsstelle als Ansprechpartner für das regionale Baustellen- und Staumanagement einzurichten,
7. gemeinsam mit dem Bund Maßnahmen zu identifizieren, um Baustellen insbesondere an Unfallschwerpunkten flexibler gestalten und früher aufheben zu können,
8. beim Bund einzufordern, die Bewirtschaftung von Lkw-Stellplätzen an Autobahnen zu verbessern und Überlastungen der Parkplätze durch intelligente Steuerungssysteme zu vermeiden,
9. in Zusammenarbeit mit der Verkehrsmanagementzentrale Niedersachsen die Echtzeitinformation von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu verbessern und um ein Baustelleninformationssystem zu erweitern,
10. in einer engeren Abstimmung von Straße und Schiene zu vermeiden, dass auf zentralen Verbindungen gleichzeitig Baumaßnahmen auf Straße und Schiene durchgeführt werden,

11. den Einsatz von Verkehrstelematik zur Stauprohylaxe und -auflösung und nicht zuletzt zur Vermeidung von Auffahrunfällen an Stauenden zu verstärken.